

EDITORIAL

Februar – ein Monat ohne Stadtratssitzung. Was sonst nur selten vorkommt, denn unterdessen kommen die meisten Sitzungen gleich im Doppelpack, ist diesmal den Ferien geschuldet. Das hält uns aber nicht ab, eine neue DISSIDENZ auf die Welt zu bringen.

Blicken wir zurück auf den heißen Januar, in dem es endlich endlich soweit war, nach knapp einem halben Jahr zähem Ringen, verfahrenen Debatten, verlorenes und am Ende woanders wiedergefundenes Vertrauen – kurz: Die Beigeordnetenwahlen waren erfolgreich. Zumindest fast, denn der Kandidat der CDU, Steffen Kaden, hat es nicht geschafft die nötige Mehrheit zu bekommen. Auch die Fraktion der DISSIDENTEN ist glücklich und wahrlich erleichtert, dass das politische Gezerre nun (zumindest für drei der vier vakanten Bürgermeisterposten) vorbei ist.

Die Fraktion hat es außerdem geschafft aus diesem „Cluster-Fuck“ von Beigeordnetenwahl noch etwas Sinnvolles zu erreichen: Die DISSIDENTEN haben die Einrichtung eines Klimaschutzbeirat und einer zentralen Koordinierungsstelle Klimaschutz durchgesetzt und in der Hauptsatzung verankert.

Wir hoffen, dass damit der (durchaus in der Stadt vorhandene) gesellschaftliche Sachverstand für diese gewaltige Aufgabe nutzbar gemacht werden kann. Und damit ein kleines Gutes aus diesem großen Elend bleiben wird.

Die Redaktion



ORDNUNGSGEMÄSSE AUFRÜSTUNG

Vehemente Kritik an der geplanten Polizeiverordnung

Der zentral in der Neustadt gelegene Sozialraum „Assi-Eck“ (oder „Schiefe Ecke“) ist Kulisse für das Paradebeispiel eines seit langem währenden Streits, der schon mit allen denkbaren Mitteln geführt wurde. Anwohnerbeschwerden, Petitionen, Gerichtsurteile, Stadtratsanträge, Freibier, Kriegsandrohungen. Jetzt hat die Stadt einen neuen Vorschlag vorgelegt und zwar mit einer neuen Polizeiverordnung („PolVO“).

Ausgerechnet während der Chfessessel im Ordnungsamt leer war, erblickte die Polizeiverordnung das Licht der Öffentlichkeit. Und sie enthält politischen Sprengstoff, auch wenn er im trocken-juristischen Sprech der Verwaltung daherkommt. Zugleich räumt die Verwaltung ein, hier „rechtliches ‚Neuland‘“ zu betreten. Doch was bedeutet das genau?

Die Polizeiverordnung will vor allem „Menschenansammlungen“, von denen „unzumutbarer Lärm“ ausgeht, verhindern. Denn das Recht der Anwohner auf Nachtruhe muss die Stadt durchsetzen – gegen jene „Menschenansammlungen“, die irgendwo (Assi-Eck, Elbwiesen, sogar Hinterhöfe) sitzen, feiern, trinken, reden. Problematisch wird es rechtlich dort, wo eine Ansammlung (nicht einmal sonderlich laut) sprechender Menschen in der Summe bestimmte Lärmschwellen überschreiten. Nun kann dafür keine Einzelperson verhaftet werden. Darum will die Polizei bereits „im Zeitpunkt der Gefahrentstehung“ einschreiten dürfen. Und das ist im Sinne der Verordnung schon ein „Verweilen in einer Menschenansamm-

lung“, die dazu beiträgt „andere Personen erheblich“ zu belästigen oder „an einer dem Gemeingebrauch entsprechenden Nutzung“ hindert. Oder, wie es charmant formuliert in der Begründung zur Verordnung lautet: „Die Ansammlung vieler Personen zu den Nachtruhezzeiten stellt in ihrem Gesamtgepräge unter rechtlichen Aspekten eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar.“

Dass nicht alle Menschengruppen im öffentlichen Raum eine Exkursion des Schweigeklosters sind, geschenkt. Doch Menschen in Gruppen schon per se als Bedrohung einzuordnen, das sind schon schwere, ordnungspolitische Geschütze, die die Verwaltung hier auffährt. Denn sie erhebt im nächsten Atemzug das Verlassen einer Menschenansammlung, die dazu beiträgt, „dass andere Personen erheblich belästigt“ werden zur PFLICHT. Wer die Gruppe nicht verlässt, dem droht Ordnungsgeld. Und zwar in nicht unerheblicher Höhe. Waren es früher bis zu 1.000, sollen jetzt bis zu 5.000 Euro Strafe verhängt werden können.

Und wie immer ist das Problem mit Gesetzen und Verordnungen: Es braucht jemanden, der sie anwendet. Wer entscheidet konkret vor Ort, ob eine „Menschenansammlung“ zu Belästigungen beiträgt? Und wer, ob eine bestimmte Nutzung nun dem „Gemeingebrauch“ entspricht oder nicht? Die Polizei oder die städtische Polizeibehörde. Damit ist faktisch jede Menschengruppe, die sich abseits einer imaginierten Norm bewegt eine potentielle Gefahr.

Zudem hat die CDU-SPD-Regierung für den Freistaat im Jahr 2019 ein neues „Polizeibehördegesetz“ erlassen, das den Behörden mehr repressiven Spielraum gibt. Neu ist unter anderem die Möglichkeit der „Einziehung“ von Gegenständen. Das heißt z.B. lärmende Musikanlagen können nicht nur beschlagnahmt (holt man später wieder ab), sondern eingezogen, also: enteignet werden (gehören dann dem Staat).

Mit diesem „Machwerk der Restriktion“ ist die Fraktion der DISSIDENTEN in keiner Weise einverstanden. Stadtrat Martin Schulte-Wissermann (Piraten) spricht sogar davon „die geplante Verordnung legalisiert polizeiliche Willkür, da faktisch jede Gruppe von Menschen kontrolliert, auseinandergetrieben und bestraft werden kann. So fangen Diktaturen an!“ Unterdessen hofft Stadtrat Max Aschenbach (Die PARTEI) auf ein Einsehen der frisch gewählten Beigeordneten Eva Jähnigen: „Welch ein Glück, dass wir nun eine Grüne Ordnungsbürgermeisterin haben, Dich liebe Eva, die den irrwichtelnden Irrwegen sächsischer Justizirrtümer Einhalt gebieten und die freiheitlich demokratische Grundordnung vor den Knüppeln der Besonderen Einsatzgruppe verteidigen kann.“ Die DISSIDENTEN werden sich also weiterhin dafür einsetzen, das „repressivste Ordnungsrecht Deutschlands“ lediglich einen feuchten Traum der Ordnungsmacht bleiben zu lassen.

Pressemeldung zur PolVO:
diss.news/polvo



STADTRATSPPLITTER SPEZIAL VON MAX ASCHENBACH

Fünf Monate balgten die Stadtratsfraktionen und Dick Hilbert um die Neubesetzung der fünf vakanten Bürgermeisterposten. Kein Wort ward nicht gebrochen, keine Peinlichkeit blieb erspart und schließlich war man so verstritten, dass das externe Schlichterteam **Thomas de Misère** (CDU) & Gundula Ganz (GRÜNE) einen Kompromiss „aushandeln“ musste. Weniger Macht des „linken“ Lagers forderte Dick. Deswegen wurden die Sozen kurzentschlossen aus dem Reigen der Verwaltungsspitze gewummst, um dem Oberbürger, der nach allgemeinen Dafürhalten ohnehin schon **viel zu viel Macht** hat, auch noch das Finanzresort zuzuschancen. Im Gegenzug behielten Grüne, LINKE und CDU jeweils ihre beiden Beigeordneten.

Naja, fast: Obwohl eigens für den „CDU-Wirtschaftsexperten“ **Steffen Kaden** das Pille-Palle-Amt für Wirtschaftsförderung aufgeblasen und das Ordnungsresort seines geschassten Vorgängers Sittel zerschlagen wurde und ausgerechnet der für die CDU so identitätsstiftende Ordnungs- & Sicherheitsbereich an die *nicht minder* ungeeignete Grüne Eva Jähnigen ging, blieb für ihn nur das Katastrophenamt. Oder wäre geblieben, denn leider, leider konnte Steffen nicht die notwendige (einfache) Mehrheit der Stimmen ergattern um Katastrophenbürgermeister zu werden. Woran es lag, dass der Unsmypath, über den es selbst aus CDU-Kreisen heißt „weiß nicht viel, ist unangenehm und arrogant.“ (sz, 7.8.22) sei eine „glasklare“ Beschreibung, da kann man nur spekulieren. Die Stelle wird nun neu ausgeschrieben. Der bis ins Mark blamierten CDU drücken wir ganz fest die Daumen, dass es beim nächsten Mal klappt mit der Bürgermeisterkatastrophe Kaden.





Auf dem Gelände des Alten Leipziger Bahnhofs (farbig hervorgehoben) soll „ein grünes, kleinteiliges Stadtquartier mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen“, proklamiert die Homepage der Stadt Dresden.

Ob dies auf der 27 Hektar großen Fläche gelingen wird?

HOFFNUNG FÜR DEN ALTEN LEIPZIGER BAHNHOF

Eine Bericht von Johannes Lichdi

Zivilgesellschaftliche Akteure, Eigentümer, Stadt- und Bezirksbeiräte erarbeiten ab Mai 2022 für das Gelände zwischen Eisenbahnstraße, Leipziger Straße, Erfurter Straße und Bahngleis Eckpunkte der Ausschreibung für einen städtebaulichen Wettbewerb. Tatsächlich könnte ein vorbildhaftes klimaneutrales Quartier mit urbaner Dichte gelingen!

Rückblick

Nachdem die Bahn ihre Flächen an das Handelsunternehmen Globus verkauft hatte, segnete 2010 die schwarz-gelbe Mehrheit des Stadtrats einen Bebauungsplan ganz nach den Wünschen von Globus

ab: Ein riesiges Einkaufszentrum mit 12.000 qm Verkaufsfläche und 1200 Parkplätzen. Ein ökologisch wertvolles, elbnahes Gebiet sollte zu einer autogerechten Konsumbranche verkommen. Die 2014 gewählte rot-grün-rot-orangene Mehrheit des Stadtrats wollte diese Fehlentwicklung korrigieren. Aber leider verweigerte sich die Linksfraktion (Wirtz, Kießling) einer Aufhebung des Bebauungsplans, so dass nur der Verhandlungsweg blieb. Globus war schließlich bereit, das Gelände an die Sachsenenergie zu verkaufen, sollte es an anderer Stelle eine Ausgleichsfläche mit Baurecht für einen Globusmarkt erhalten.

Grün, Bebauung und Kultur

Obwohl die Eigentümer das Gelände im Herbst 2021 gerodet hatten, entschied sich die Begleitgruppe, das Gesamtgelände aus den Grünzonen in der Mitte heraus zu entwickeln. Von der Orangerie an der Leipziger Straße bis zu den Bahngleisen soll ein großer Park entstehen. Gut 4 ha der 15,5 ha überplanbaren Fläche sollen Park, Wald, Biotopverbund, Gärten oder wilde „Aneignungsflächen“ werden. Die „Eventspange“ um den Alten Schlachthof, die Blaue Fabrik und die Hanse 3 bleiben erhalten. Im alten Bahnhofsgebäude soll ein Erinnerungsort an die Deportation der Dresdner Jüdinnen und Juden entstehen.

Mobilität und Wohnen

Das Quartier, durch den Öffentlichen Nahverkehr gut erschlossen, soll „autoreduziert

und oberirdisch autoarm“ mit Garagen am Rande geplant werden. Bahnbögen sollen für Fuß- und Radwege geöffnet werden. Von den 9 bebaubaren Hektar sollen etwa 70% für Wohnen (Bruttogeschoßfläche ca. 162.000 qm), davon 15-30% im geförderten sozialen Wohnungsbau, und 30% für kulturelle und soziale Zwecke verwendet werden. Auch eine Bebauung an der Südspitze der Fläche gegenüber dem Neustädter Bahnhof ist möglich, Hochpunkte bis 30m zulässig. Die Begleitgruppe will einen Nahversorger an der Leipziger Straße sowie eine Kita, die der Eigenbetrieb aber als unnötig ablehnt. Versickerung des Regenwassers und wirksame Durchlüftungskorridore sowie eine „klimaneutrale Energieversorgung“ werden angestrebt. Mit einem Anschluss an die Fernwärme ist dies aber nicht zu erreichen, da sich die Sachsenenergie einer Dekarbonisierung verweigert.

Scheitern auf den letzten Metern?

Nach über 10 Jahren Kampf kann das Stadtquartier Alter Leipziger Bahnhof immer noch scheitern: Wenn es der von der grünen Stadträtin Susanne Krause angeführten Gruppe gelingen sollte, den Bebauungsplan für Globus an der Bremer/ Hamburger Straße zu verhindern. Dies wäre nicht nur ein bemerkenswerte Kehrtwende der Politik der grünen Fraktion, sondern eine städtebauliche Katastrophe für die Neustadt und Pieschen.

IMPRESSUM

Herausgeberin: **Dissidenten Fraktion im Stadtrat Dresden**

Kontakt: Rathaus, Raum 1/052
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Telefon: 0351 4881131
dissidenten-fraktion@dresden.de

Redaktion: Tom Rodig (V.i.S.d.P.), Michael Schmelich, Max Aschenbach

Gestaltung: Agentur Grafikladen, Dresden

Produktion: Rathausdruckerei, 1000 Stück

Im Internet: www.dissidenten-fraktion.de

Bildnachweise: S. 1: Max Aschenbach,
S. 3: Google Kartendaten, GeoBasis-DE/BKG, S. 4: privat

„DIGGER, DIE HAM' JA BIER IM BÜRO!“

Das Leben in der Dissidenten-Geschäftsstelle ist im wahrsten Sinne: aufregend. Wir regen uns auf, weil das Internet zum X-ten Mal ausfällt oder städtische Programme zum Y-ten Mal nicht funktionieren oder wir zum Z-ten Mal für die Installation einer Steckdose herumtelefonieren. An dieser Stelle Grüße an das Hoch- und Tiefbauamt - der Strom fließt noch immer nicht!

Reden wir aber über die schönen Momente. Ein Highlight sind die Kinder- und Jugendtouren, an denen wir seit letztem Jahr teilnehmen. Schulklassen und Jugendgruppen werden durch das Rathaus geführt und dürfen am Ende eine Fraktion ihrer Wahl besuchen. Die Gespräche starten meist etwas beklommen, weil die Schüler*innen einen gewöhnlichen Frontalvortrag erwarten, enden dann aber in einem ungezwungenen Frage-Antwort-Spiel. „Ihr wolltet Cannabis legal machen, oder?“ und „Was arbeitest du?“, sind die Fragen, die uns am häufigsten begegnen. Oder eben erstaunte Feststellungen wie: „Digger, die ham ja Bier im Büro!“ Wir freuen uns in jedem Fall auf viele weitere Gespräche mit diesen jungen Menschen.

Link zum Vorstellungsvideo der DISSIDENTEN:
diss.news/video



„JUGEND“, NICHT NUR „JUNGENS“

Seit gefühlt Jahrhunderten fördert Dresden Sportanlagen, insbesondere auch für den Jugendsport. Offenbar war aber in all der Zeit niemandem aufgefallen, dass diese ‚Jugend-Sportzentren‘ besser ‚Jungs-Sportzentren‘ heißen müssten – denn Mädchensport war nicht vertreten. Beim letzten großen Neubau für Dynamo Dresden wurden bspw. die Mädchenumkleideräume vergessen. Piraten-Stadtrat Schulte-Wissermann hatte 2021 auch durch seinen Stadtratsantrag ein Umdenken angestoßen, indem „die Vergabe von [weiterem] Fördergeld an die Erwartung geküpft wurde, dass zukünftig auch Mädchensport gleichberechtigt möglich wird“. Wie es heißt, soll sich bei Dynamo bald was in die richtige Richtung verändern.

Nun wurde ein ‚Jugendzentrum‘ bezuschusst, diesmal vom SC Borea und wieder hat Schulte-Wissermann den Antrag (wortgleich) gestellt – mit Erfolg! Denn dieses mal gab es einen Konsens mit der Vereinsführung, die den Antrag ausdrücklich als „zielführend für die weitere Vereinsentwicklung“ begrüßte. Gut, dass der Jugendsport in Dresden so langsam auch für alle da ist.

Link zur Rede von MSW im Stadtrat:
diss.news/borea



MIETER:INNENBEIRÄTE BEI DER WID

Demokratie darf nicht an der Wohnungstür aufhören. Deshalb will die DISSIDENTEN-Fraktion in allen Hausgemeinschaften Mieter:innenbeiräte einrichten. Da es dafür gegenwärtig an den rechtlichen Grundlagen mangelt, soll bei der stadteigenen WID (Wohnen in Dresden) begonnen werden.

Nach dem Vorbild anderer Städte (z.B. Berlin) sollen diese Interessensvertretungen z.B. in Fragen der Wohnumfeldgestaltung, bei Sanierungsvorhaben oder in Fragen der Nebenkosten Mitwirkungsrechte erhalten. Sie sollen, ähnlich Betriebs- und Personalräten, als Interessenvertretungen der Mieter:innen ehrenamtlich fungieren. Sie sollen grundsätzlich für ihre konkrete Hausgemeinschaft zuständig sein. „Es wird Zeit, dass auch in Dresden demokratische Mitbestimmung nicht an der Wohnungstür strandet,“ so Stadtrat Michael Schmelich. Bereits 2019 hatte der Stadtrat die Vonovia aufgefordert, Mieterbeiräte in ihrem Bereich zuzulassen, leider vergeblich. „Um so wichtiger ist es, dass die WID mit gutem Beispiel vorangeht,“ so Schmelich weiter. Auch soll es einen WID-Gesamtbeirat aus allen Vertretungen der Hausgemeinschaften geben.

Link zum Antrag:
diss.news/widbeirat



DISSIDENTEN IM STADTBEZIRKSBEIRAT NEUSTADT



JAN KOSSICK, PIRATEN

...ist seit vielen Jahren aktiv in der Neustadt, als Kulturmanager, Programmierer, Musiker und im Stadtbezirksbeirat (SBR) für die Piraten. Doch da ich aus beruflichen Gründen das Weite suche, übernimmt ab März '23 die Neustädterin und Bundesvorsitzende der Piraten, Anne Herpertz, das Mandat. Macht's gut und danke für den ganzen Fisch!



CHARLOTTE BROCK, Die PARTEI

Liebe Leserin, die Du uns vielleicht sogar gewählt hast, Du hast Dir und uns ganz schön was eingebrockt respektive eingekosickt. Seien es weltfremde Verwaltungs-, Ordnungs- und Bauungstollwut, oder nur stumpfe Abnickerei, die Stimmen von PARTEI und Piraten in der sexy Beratungshölle SBR Neustadt sind ein progressiv-pöbelnder Samen auf fruchtlosem Grund. Tod dem Kiez!



ANNE HERPERTZ, PIRATEN

Eigentlich Politikwissenschaftlerin, aber kämpfe seit Juni 2022 als Bundesvorsitzende für die Piratenpartei.

Ich freue mich, die tolle Arbeit von Jan fortzusetzen. Im SBR war ich schon so oft, dass schon geflüstert wurde „versäumt als Protokollantin für die Neustadtpiraten kaum eine Stadtbezirksbeiratssitzung“. Für Neustadt werde ich hoffentlich ehrwürdig in Jans Fußstapfen treten und die Neustadt in dem Sinne fördern, dass wir sie mit Stolz und Recht als „Dreck und Verwahrlosung“ [Zitat Peter Krüger] erhalten können.